

**Rede von
Brigitte Zypries, MdB
anlässlich der Aktuellen Stunde
im Deutschen Bundestag
zum Thema Stasi-Aufarbeitung**

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

die friedliche Revolution von 1989 war für Deutschland und die Welt ein großartiges Ereignis. Wie bei jeder Revolution stellt sich auch hier die Frage, nach der Verantwortung der Täter des alten Regimes.

Einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung hat unsere Justiz geleistet: Sie hat die Schreibtisch-Täter des Politbüros zur Verantwortung gezogen; und sie hat auch jene angeklagt, die als Mauerschützen an der Grenze geschossen haben. Bei diesen einfachen Grenzsoldaten stand aber nicht die Vergeltung im Vordergrund. Die Strafen fielen ja auch zumeist milde aus. Es ging hier um etwas, was auch bei den Stasi-Verstrickungen wichtig ist: Es geht um Aufklärung, Transparenz und die Offenlegung der historischen Wahrheit. Vor allem für die Opfer der Diktatur ist das bis heute ganz wichtig.

Es geht bei alledem nicht nur um eine Schuld im strafrechtlichen Sinn. Täter gab es ja noch sehr viel mehr: Wie der MDR berichtete, kamen auf 50 DDR-Bürger im Schnitt ein Stasi-Mitarbeiter. 95.000 hauptamtliche Spitzel und rund 200.000 inoffizielle Mitarbeiter arbeiteten für das MfS.

Mit der Gründung der Gauck-Behörde wurde die institutionelle Voraussetzung für die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit geschaffen. Mehr als 2,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger haben seither Einsicht in ihre Akten beantragt. Dies zeigt, wie sehr die Menschen in Ost – und West – sich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit beschäftigt haben – und dies bis heute noch tun. Es gibt seit Jahren keinen Rückgang, im letzten Jahr waren es sogar wieder mehr als 100.000 Anfragen für persönliche Akteneinsicht.

Dabei geht es keineswegs immer um strafrechtlich relevantes Verhalten. Nein, es geht in vielen Fällen um persönliches Fehlverhalten, um moralische Schuld. Gerade diejenigen, die im wiedervereinigten Deutschland Verantwortung in demokratisch gewählten Organen übernehmen wollen, müssen sich meines Erachtens dieser Frage ihrer Vergangenheit stellen. Denn die Menschen, die bei der Wahl über die künftigen Abgeordneten entscheiden, haben ein Recht darauf, über die moralische Integrität der künftigen Volksvertreter vollständig informiert zu sein.

Es ist gewiss nicht einfach, sich mit der eigenen Biographie selbstkritisch auseinanderzusetzen. Es geht auch keineswegs nur um die Stasi. Eine Stütze der Diktatur waren ja auch viele Funktionäre der Blockparteien. Parteipolitische Überheblichkeit ist daher völlig fehl am Platze! Sich der eigenen Vergangenheit kritisch zu stellen, ist eine große persönliche Herausforderung für jeden, der davon betroffen ist. Und wie schwer das fällt, musste man ja vor kurzem am Beispiel des sächsischen Ministerpräsidenten wieder erleben.¹

Ich meine aber, gerade von den Menschen, die im demokratischen Deutschland mitgestalten wollen, kann man dieses Maß an Auseinandersetzung mit der Biographie erwarten. Und die Bürger verstehen das auch, und sie es respektieren es. Denn wie anders ist es zu erklären, dass Abgeordnete gewählt werden, obwohl sie ihre Stasi-Vergangenheit offengelegt hatten.

Dies zeigt, dass ein offenes Umgehen mit der eigenen Vergangenheit durchaus auch positiv wahrgenommen wird. Ich denke etwa an die ehemalige DDR-Sprinterin Gesine Tettenborn. Sie hat sich gerade diese Woche große Hochachtung erworben, weil sie ihren Weltrekord von 1984 aus der Bestenliste hat streichen lassen. Sie hatte diesen Rekord damals mit Doping erzielt und Sie sagt heute dazu; „Ich will nicht lügen“.

Unter diese Maxime sollten auch alle Abgeordneten in den Parlamenten des Bundes und der Länder ihre Arbeit stellen. Deshalb fordere ich alle Kolleginnen und Kollegen auf: Scheuen Sie sich nicht, der Wahrheit ins Auge zu sehen! Sorgen Sie selber für Klarheit und setzen Sie sich mit den Fehler ihrer Vergangenheit ehrlich auseinander.

Mir ist aber auch noch etwas anderes wichtig und das betrifft vor allem die Kolleginnen und Kollegen, die wie ich aus Westdeutschland stammen. Ich meine, für Überheblichkeit ist hier kein Platz. Wir sollten stattdessen anerkennen, dass sich Menschen ändern können, dass man aus seinen Fehlern lernen kann und dass jeder das Recht auf eine bessere Einsicht hat. Das ist auch eine Erfahrung der alten Bundesrepublik. Dort konnten Kurt-Georg Kiesinger, Walter Scheel oder Karl

¹ Tillich war seit 1987 für die Block-CDU „stellvertretender Vorsitzender des Rat des Kreises“; bis vor kurzem bezeichnete er sich nur als „Mitarbeiter der Kreisverwaltung“

Carstens gute Demokraten sein, und zwar obwohl sie früher Mitglieder der NSDAP gewesen sind.

Aber die Lehre aus der westdeutschen Geschichte ist auch, dass dort die Schatten der Vergangenheit viel zu lange verdrängt worden sind. Das ist heute anders und dass muss auch so bleiben. Jeder muss sich auch künftig umfassend über seine Stasi-Vergangenheit informieren können. Deshalb wird die SPD dafür eintreten, dass das Gesetz über die Stasi-Unterlagen verlängert wird und die „Birthler-Behörde“ bestehen bleibt. Schön wäre es auch, wenn die Havemann Gesellschaft künftig mit einer institutionellen Förderung rechnen könnte.